GRÜNE BLÄTTER

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN BADEN-WÜRTTEMBERG

Mitgliederzeitschrift Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg · 01.2015

DAS BOOT IST NIE VOLL

INHALT

Flüchtlingspolitik geht uns alle an	Seite 2
Sprache als Schlüssel für für eine Perspektive	Seite 3
Drei Fragen an Manne Lucha	Seite 4
Willkommen auf dem Land	Seite 4
Der Luxusliner ist nicht voll	Seite 6
Pegida geht, die Einstellungen bleiben	Seite 7

Flüchtlingspolitik geht uns alle an

Von Thekla Walter
und Olver Hildenbrand,
Landesvorsitzende

Baden-Württemberg geht es gut – sehr gut sogar. Dennoch ist die Aufnahme der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen auch für ein wohlhabendes Land wie Baden-Württemberg eine Herausforderung. Die Unterbringung vor Ort verlangt von vielen Kommunen erhebliche Anstrengungen. Die grün-rote Landesregierung hat dazu beigetragen, dass diese Anstrengungen gelingen können - mit dem Aufstocken der Mittel für die Flüchtlingsaufnahme, mit zusätzlichen Landeserstaufnahmestellen, mit mehr Mitteln für Deutschkurse und Vorbereitungsklassen. Der Flüchtlingsgipfel im Herbst vergangenen Jahres war ein klares Bekenntnis, dass das Land die Flüchtlingsaufnahme als gemeinsame Aufgabe von Land und Kommunen versteht. Die Kreise, Städte und Gemeinden stehen bei der Flüchtlingsaufnahme in Baden-Württemberg nicht alleine da.

Aber natürlich wird es auch in den kommenden Monaten immer wieder zu Problemen und Engpässen bei der Aufnahme kommen. Anzeichen, dass die Fluchtgründe auf der Welt weniger werden, gibt es jedenfalls nicht. Bei allen Schwierigkeiten sollten wir uns aber immer vergegenwärtigen: Die größten Probleme und Sorgen haben die Flüchtlinge. Es sind Frauen, Männer und Kinder, die alles verloren und unendliches Leid gesehen und erlebt haben. Wir Grünen setzen uns deshalb in Europa, im Bund und im Land für eine bessere Asyl- und Flüchtlingspolitik ein.

Die EU ist weit von einem fairen Asylsystem entfernt. Für viele Flüchtlinge ist das heutige System eine einzige Katastrophe, bei dem es oft nicht um den Fluchtgrund, sondern um die Fluchtroute geht – Stichwort Dublin-II-Fälle. Europa muss endlich ein einheitlicher Schutzraum für Flüchtlinge mit gemeinsamen, fairen und menschenwürdigen Standards werden. Der Bund darf die Länder und Kommunen bei den Herausforderungen nicht alleine lassen. Wir brauchen höhere finanzielle Unterstützung durch den Bund. Und wir müssen endlich klären, wie eine rasche Integration in den Arbeitsmarkt gelingen kann. Denn viele Flüchtlinge wollen selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können.

Absolut bemerkenswert ist die Offenheit, das große ehrenamtliche Engagement und die enorme Unterstützungs- und Spendenbereitschaft vieler Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger bei der Aufnahme, Begleitung und Unterstützung von Flüchtlingen. In den zahlreichen Helfer- und Freundeskreisen, in denen auch viele Grüne Mitglieder aktiv sind, zeigt sich Baden-Württemberg von seiner besten Seite: als weltoffenes, menschliches und anpackendes Land.

Es ist unsere Aufgabe als Partei, diese Kultur des Willkommens und der Offenheit zu unterstützen und entschieden gegen Angriffe zu verteidigen. Die offene Gesellschaft ist nämlich kein Geschenk des Himmels, sondern muss immer neu errungen, wertgeschätzt und verteidigt werden. Wir Grünen wollen in Baden-Württemberg deshalb das gesellschaftliche Klima der Weltoffenheit, der Anerkennung und der Toleranz verteidigen und stärken – gegen religiösen Fundamentalismus, gegen die rückwärtsgewandte AfD und gegen Rechtsradikalismus und Rassismus.

Es sei auch denjenigen in der CDU gesagt, die wie ihr neuer Frontmann Guido Wolf populistisch von harter Kante in der Asylpolitik und härteren Abschiebungen reden, dass das Schüren von Ressentiments und die Behauptung, es gäbe einfache Lösungen, letztlich dem Land schadet. Ein weltoffenes Baden-Württemberg ist Voraussetzung für den Erfolg und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wer diese Weltoffenheit in Frage stellt oder gefährdet, sägt an dem Ast, auf dem wir sitzen. Das gilt in der Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik, selbstverständlich aber auch in der Flüchtlingspolitik. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zeigen hier, dass sie viel weiter sind als die auch in diesem Politikfeld rückwärtsgewandte CDU.

Sprache als Schlüssel für eine Perspektive

Wie ist es, wenn auf einen Schlag nichts mehr im Leben seinen gewohnten Lauf nimmt. Wenn man aus seiner Heimat fliehen muss, in ein völlig fremdes Land mit einer fremden Sprache und einer fremden Kultur?

Für viele ist das schlichtweg unvorstellbar, allerdings ist das für Millionen von Menschen auf dieser Welt harte Realität. Leider beachten viele diesen harten Einschnitt nicht, wenn sie über die die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen reden. Es geht nicht darum, die Flüchtlinge ausschließlich als Opfer und Hilfsbedürftige zu sehen und zu behandeln. In erster Linie hat jeder Flüchtling ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Wenn in der öffentlichen Debatte über Zahlen gestritten wird, rückt das persönliche Schicksal in den Hintergrund.

Deutschland erlebt derzeit gleichwohl eine enorme Aufnahmebereitschaft und großes Engagement in der Bevölkerung. Das war beileibe nicht immer so, denkt man an die Gesellschaft in den 1990er-Jahren zurück. Heute wird nicht mehr plump die Parole „Das Boot ist voll" skandiert. Die breite Bevölkerung versucht Flüchtlinge mit offenen Armen aufzunehmen. Eine gelebte Willkommenskultur ist für die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen in unserer Gesellschaft von großer Bedeutung. Flüchtlinge brauchen nicht nur Zuflucht und Schutz. Genauso wichtig ist eine Perspektive, um sich in der Gesellschaft erfolgreich zu integrieren und ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

Wie kann eine soziale und gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen erfolgreich gelingen? Die deutsche Sprache ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Sie öffnet Wege in eine Gesellschaft und auch in eine neue Kultur. Daher ist es sehr wichtig, dass Flüchtlinge möglichst früh die Möglichkeit erhalten, Deutsch zu lernen. Sprache ist auch für das Selbstwertgefühl und die eigene Persönlichkeitsentwicklung von großer Bedeutung. Nur mit dem Erlernen der Sprache, über einen Schulabschluss und eine berufliche Qualifikation bekommen Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt.

Die Grünen wollen in Baden-Württemberg deshalb in eine bessere Sprachförderung für Flüchtlinge investieren. Derzeit wird außerdem ein Konzept erarbeitet, damit Flüchtlinge möglichst schon in der Erstaufnahme ihre schulischen und beruflichen Qualifikationen angeben können. Das sind die richtigen Ansätze, um den Flüchtlingen schon sehr früh eine echte Perspektive für ein selbstbestimmtes Leben zu bieten. Dann müssen sie nicht mehr wie in der Vergangenheit ganz von vorne anfangen, sondern können ihre vorhandenen Qualifikationen und Fertigkeiten einbringen.

Dass der Aspekt der Integration durch Arbeit und Beschäftigung in der Diskussion um die Flüchtlings- und Asylpolitik eine stärkere Gewichtung erhält, wird auch vom Arbeitgeberverband Baden-Württemberg begrüßt. Die Wirtschaft sei bereit, viele Flüchtlinge auszubilden oder als Fachkräfte einzustellen. So bekommen Menschen und Wirtschaft eine Perspektive.

Dr. Mussie Habte (*1973) kam 1986 mit seinen Eltern, die aus Eritrea geflüchtet sind, nach Deutschland. In Bensheim ist Mussie Habte aufgewachsen und zur Schule gegangen. Nach seinem Studium in Politikwissenschaften, Soziologie sowie Friedens- und Konfliktforschung in Marburg promovierte er in Hamburg. Er arbeitet als parlamentarischer Berater für die Grüne Landtagsfraktion. Zuständig ist er dort für Bildung/Schule, frühkindliche Bildung und Sport.

Drei Fragen an Manne Lucha

Um die verschiedenen Fachebenen wie zum Beispiel Integration, Petitionen oder Innenpolitik zu bündeln, hat die Fraktion Grüne eine Projektgruppe für Flüchtlingspolitik eingerichtet. Der Ravensburger Grünen-Abgeordnete Manne Lucha leitet sie.

Grüne Blätter: Warum ist es so wichtig, die Ebenen zu bündeln?

Bei der geplanten Gesundheitskarte sieht man sehr gut, wie wichtig das ist. Weil drei Ministerien beteiligt sind, sind auf der grünen Seite drei Fachpolitiker zuständig. Wir kommen einfach schneller voran, wenn wir diese Kräfte in der Fraktion an einen Tisch holen.

GB: Worum geht es bei der Gesundheitskarte?

Bevor ein Flüchtling heute zum Arzt gehen kann, muss er oder sie sich auf dem Landratsamt einen Schein abholen. Es muss künftig möglich sein, dass jemand, der krank ist, direkt zum Arzt gehen kann. Wir sind schon sehr weit, die AOK würde zum Beispiel mitmachen. Vielleicht sind wir bald das erste Flächenland, das eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge einführt. Wir wollen erreichen, dass der Leistungsumfang ähnlich gut ist wie bei allen gesetzlich Versicherten. Dadurch gäbe es auch Prävention, was spätere Krankheiten oder chronische Verläufe und damit auch hohe Folgekosten verhindern kann.

GB: Was bewegt die Projektgruppe derzeit noch?

Aktuell arbeiten wir intensiv an der Arbeitsintegration. Flüchtlinge brauchen neben einer Unterkunft eine Perspektive, dazu gehört auch Arbeit. Weil wir hier Stimmen aus der Praxis hören wollen, haben wir im Januar Vertreter*innen von Wirtschaft, Arbeitsagentur, Gewerkschaften und Verbänden zu einem Runden Tisch eingeladen. Bei diesem ersten Termin ging es auch um den Spracherwerb. Der nächste Runde Tisch wird sich mit der Ausbildung von Flüchtlingen beschäftigen.

Manne Lucha (54) ist gebürtiger Oberbayer und seit über 30 Jahren Wahl-Oberschwabe. Er hat im Psychiatrischen Bereich gearbeitet und ist Vorsitzender des Arbeitskreises Soziales in der Landtagsfraktion.

Edith Sitzmann und Manne Lucha in der Landeserstaufnahmestelle Meßstetten

Willkommen auf dem Land

Da liefen im beschaulichen 2.800-Seelen-Ort Marke „Jeder-kennt-jeden" plötzlich Grüppchen von dunkelhäutigen jungen Männern durch die Straßen und wurden von den Einheimischen misstrauisch beäugt. „Multikulti im ländlichen Raum", jubelte mein Herz. „Hilfe, Konflikte-Alarm", schrie mein Hirn. Wie können sich die Flüchtlinge schnell akklimatisieren? Wie kommen die Einheimischen am ehesten mit den exotischen neuen Nachbarn zurecht? Wie geht das, dass das gut geht? Ein Erfahrungsbericht aus dem Schwarzwald.

Die Einwohnerzahl Lauterbachs ist im letzten Jahr gestiegen. Gestiegen! Und das zum ersten Mal seit 1970 (mit einer Ausnahme). Wir haben nun Einwohner*innen aus 29 Nationen hier. Als hätten wir's geahnt, haben wir zusammen mit der Nachbarstadt ein Netzwerk gegründet. „Netzwerk Willkommen", mit dem Ziel, unseren neuen Mitbürger*innen den Start in ihr neues Leben zu erleichtern: Durch Paten für Neuankömmlinge, ehrenamtliche Sprachkurse, Hilfe im Alltag, bei der Arbeitssuche und Rechtlichem.

Wir veranstalten ein Willkommensfest

„Wenn man sich kennt, ist man sich nicht mehr fremd", lautet ein soeben erfundenes Sprichwort. Wie kann man sich am besten „beschnuppern"? Natürlich auf einer Party mit gemütlicher Atmosphäre. Die Idee: „Wir veranstalten ein Willkommensfest!" Wir wurden schier überrannt. Von 49 Flüchtlingen waren 48 da, plus ca. 200 Einheimische, die sich die Neuen mal aus der Nähe anschauen wollten – das Gemeindezentrum platzte aus allen Nähten. Bürgermeister und Pfarrer begrüßten die Anwesenden und parlierten nicht nur auf Deutsch, sondern auch auf Farsi, Arabisch, Albanisch, Somali und Eriträisch, was einiges an Schmunzeln hervorrief, wenn die jeweils Angesprochenen offensichtlich die eigene Sprache nicht erkannten.

Alltag in der Flüchtlingshilfe

Asylbewerber*innen und Flüchtlinge bekommen je ein Bett, einen Spind, Tisch, Stuhl, Herd und eine Spüle, einen Topf sowie pro Person einmal Teller und Besteck gestellt. Dass ein 1,5-Liter-Topf nicht wirklich geeignet ist, um für eine fünfköpfige Familie zu kochen - das fällt dem Landratsamt nicht auf, wohl aber der schwäbischen Hausfrau, die ruckzuck innerhalb kürzester Zeit Töpfe organisiert, plus alles, was sonst noch so nötig ist für einen ordentlichen Haushalt. Jede Person hat Anspruch auf 4,5 Quadratmeter, was bedeutet, dass z. B. zwei Familien mit je drei Kindern eine Vier-Zimmer-Wohnung bewohnen. Und: es bedeutet, dass ich allen Spendenwilligen, die mir Sofa und Sessel anbieten, klarmachen muss: Kein Bedarf, da kein Wohnzimmer.

Willkommensfest in Lauterbach

Überhaupt, die Hilfsbereitschaft ist riesig. Die Bevölkerung will sehr gern unterstützen. Anrufe wegen Sachspenden häufen sich, auf den Spendenkonten landen fast täglich Überweisungen. Und das Wörtchen „Pegida" hört man hier nur, wenn beim Aufsagen an der Fasnet die Schnurranten[1] der AH-Fußballer sich darüber lustig machen.

Aber: Der Alltag in der Flüchtlingsarbeit birgt so manche Tücken. Da ist die ständige Angst vor Briefen aus Karlsruhe. Die Einspruchsfrist bei Asyl-Angelegenheiten beträgt acht Tage. Manch einer wurde abgeschoben, weil nicht rechtzeitig der Ernst der Lage erkannt wurde. Da wird man hellhörig, wenn das Telefon klingelt und es heißt: „Komm schnell, Hilfe! Ich habe einen Brief bekommen, bitte übersetz ihn für mich!" (Die Briefe sind immer in Deutsch, und zwar in feinstem Amtsdeutsch geschrieben). Das Damoklesschwert der Abschiebung über der Familie wähnend, rennt die Patin zu Hilfe, nur um festzustellen, dass sie anstatt des Abschiebe-Bescheids eine Sky-Werbung übersetzen soll...

Super Gelegenheit, um endlich Arabisch zu lernen

Eigentlich war's als „Mini-Integrationsmaßnahme" gedacht: einmal die Woche besuche ich zwei Syrerinnen und lerne Arabisch. Die beiden lernen gleichzeitig natürlich Deutsch – das war Sinn der Sache. Der positive Nebeneffekt für mich: Wenn George Clooney in „Syriana" arabisch spricht, verstehe ich einen kleinen Teil, yeah! Außerdem konnte ich auf Arabisch erzählen: „Lola Hund sie isst Kuchen von Tisch" (Lola kälb hia t'akol gato en taoula) – die Grammatik stimmte nicht, aber die Ungeheuerlichkeit des Vorfalls wurde sofort erkannt.

Netzwerke knüpfen

„Es ist doch überall dasselbe" – ja, das ist es. Deshalb haben wir mit unserem Netzwerk Kontakt zu anderen Netzwerken der Umgebung aufgenommen. Sehr hilfreich, informativ, unterhaltsam und sehr sinnvoll, wenn es darum geht, Forderungen an die Behörden zu stellen. Mittlerweile durfte ich auch schon als Beraterin bei der „Geburt" eines Nachbar-Netzwerks dabei sein. Das, was wir erarbeitet haben (Aufteilung in sinnvolle Arbeitsbereiche, Leitfaden für Paten, Tipps zur Pressearbeit, ganz viel praktische Erfahrung) stellen wir gern zur Verfügung. Wir kommen auch gern zur Gründungsveranstaltung, um zu erzählen und Fragen zu beantworten. Du willst ein Willkommensnetzwerk gründen? Melde dich, wir helfen: sonja.rajsp@mail.de

Ach so, die eine Ausnahme beim Schrumpfen der Bevölkerungszahl: Lauterbach ist von 4.005 Einwohner*innen (1970) auf 2.871 (2014) geschrumpft – klassisches Ausbluten des Ländlichen Raums. Aber: Ein Mal gab es auch eine Steigerung. Das war 1990. Der Grund: Asylbewerber*innen und Aussiedler*innen aus Osteuropa, von denen viele hier Arbeit und ein neues Zuhause gefunden haben. Vielleicht klappt das ja auch bei den jetzigen Neuen. Schön wär's.

[1] *Schnurranten sind Gruppen, die am Fasnets-Samstag durch die Kneipen ziehen und in Stand-up-Comedy-Manier aktuelle Ereignisse und Personen auf die Schippe nehmen*

Sonja Rajsp ist 41 Jahre alt und lebt in einer Lebensgemeinschaft mit drei Kindern in Lauterbach. Sie ist selbstständig mit einem Appartementhaus und einer Presse-, Messe- und Marketingberatung. Bei den Grünen ist sie seit Juli 2013 im Kreisvorstand Rottweil und seit Mai 2014 Kreisgeschäftsführerin.

Der Luxusliner ist nicht voll

Jörg Armbruste hielt beim Neujahrsempfang der Stuttgarter Grünen eine bewegende Rede über die Flüchtlingssituation. Wir drucken hier einen kleinen Ausschnitt ab, die ganze außergewöhnliche Rede findet Ihr auf der Homepage der Stuttgarter Grünen.

Die Zahl der Flüchtlinge wird im Jahr 2015 nicht ab-, sondern zunehmen. Es ist wenig wahrscheinlich, dass in Syrien ein Frieden gefunden wird, man kann noch nicht einmal mit einem Waffenstillstand rechnen, der das Morden beendet. Heute schon ist die Hälfte der Bevölkerung in Syrien auf der Flucht vor dem Krieg: vor Assad, aber auch vor den islamistischen Extremisten. Es werden mehr werden.

Im Irak sind zwei Millionen Menschen auf der Flucht, in erster Linie vor dem sogenannten „Islamischen Staat". Auch sie werden sich irgendwann auf den Weg in Richtung Europa machen. Denn der Kampf gegen IS wird noch lange dauern. An eine Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Dörfer ist im Augenblick nicht zu denken, auch nicht in die, die die Peschmerga in den letzten Tagen zurückerobert haben.

Die Nachbarn Syriens und des Irak können nicht noch mehr Menschen aufnehmen. Ein gutes Drittel aller syrischen Flüchtlinge lebt schon bei ihnen. Auf 11 Jordanier kommt inzwischen ein Flüchtling. Dieses Boot ist tatsächlich voll. In Bayern ist das Verhältnis ein Flüchtling auf 305 Bayern. Europa hat gerade einmal 4% aller Flüchtlinge aus dem Nahen Osten aufgenommen. Da kann mir keiner sagen, der europäische Luxusliner sei schon voll. Immer mehr Flüchtlinge werden versuchen, sich hierher durchzuschlagen. Entweder legal und wenn das nicht geht, über das Mittelmeer mit Hilfe von Schleppern. In kleinen Kähnen oder in überfüllten Seelenverkäufern, die es als schwimmende Rostlauben vielleicht gerade noch bis zur italienischen Küste schaffen. Wahrscheinlich werden wieder mehr Menschen ertrinken, nachdem die italienische Mission „Mare Nostrum" eingestellt wurde, und die EU nicht bereit war, ein vergleichbares Programm zu finanzieren.

Darauf müssen wir uns in diesem Jahr einstellen: Mehr Flüchtlinge, die zu uns wollen. Wir brauchen also mehr Aufnahmestellen, mehr Wohnmöglichkeiten und wohl auch mehr Sachbearbeiter. Und wir brauchen mehr Freiwillige, die die Flüchtlinge nach ihrer Ankunft unterstützen.

Für ein solidarisches Asylrecht

Vor allem aber brauchen wir ein anderes Asylrecht. Eines ohne die Möglichkeit, den Flüchtenden in das Land abschieben zu können, das er als erstes europäisches Land betreten hat. Nur dort darf er aktuell einen Asylantrag stellen. Die Last müssen Länder wie Italien tragen, außerdem noch die Pöbeleien deutscher Politiker, meist in bayerischer Mundart, Italien würde die Flüchtlinge zu wenig registrieren, damit sie nicht wieder von Deutschland zurückgeschickt werden können. Vielleicht ist es tatsächlich so. Das zeigt aber nur: das Asylrecht in Europa ist zutiefst unsolidarisch gegenüber den EU-Staaten am Mittelmeer. Italien fühlt sich nicht nur alleine gelassen, es ist alleine gelassen von den reichen europäischen Partnern. Die Bürgermeisterin von Lampedusa, Giusi Nicolini, hat diese EU-Bestimmung sehr deutlich „organisierte Verantwortungslosigkeit" genannt. Die europäische Abwehrpolitik von Flüchtlingen muss in eine solidarische Aufnahmepolitik umgewandelt werden, die die Flüchtlinge gerechter in der EU verteilt.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein Wort zum Thema Armutsflüchtlinge sagen. Es gibt sie, zweifellos. Sie sind aber eine Minderheit und kommen meistens aus Ländern, in denen schlechte Regierungsführung für die Verarmung der Bevölkerung zumindest mitverantwortlich ist. Niemand verlässt gerne seine Heimat und seine Familie, schon gar nicht auf Routen, die die Flüchtlinge aus dem Afrika südlich der Sahara nehmen müssen. Wer aus Eritrea durch die Wüste flieht, mit Schlepperbanden an die Küste gelangt, um dann sehen zu müssen, wie Freunde ertrinken, wer nach Monaten, vielleicht sogar Jahren, endlich Europa erreicht, dem darf man nicht unterstellen, es gehe ihm um ein bequemeres Leben.

Jörg Armbruster wurde 1947 in Tübingen geboren und lebt heute in Stuttgart. Er war langjähriger ARD-Korrespondent für den Nahen und Mittleren Osten und schreibt heute noch politische Analysen der Situation in der Arabischen Welt.

Pegida geht, die Einstellungen bleiben

Pegida zerlegt sich gerade selbst, bis vor kurzem aber gingen Zehntausende auf die Straße. Kathleen Bärs im Gespräch mit der Protestforscherin Sabrina Zajak.

Grüne Blätter: Pegida und AfD scheinen ein ostdeutsches Phänomen zu sein. Frau Zajak, woran liegt das, findet sich „der Ostdeutsche" im vereinten Deutschland zu wenig wieder?

Nur weil Pegida den größten Zulauf in Dresden hatte, sollte man die dort vertretenen Positionen nicht als ostdeutsches Phänomen verallgemeinern. Das heißt, von Pegida lassen sich keine Rückschlüsse auf „den" Ostdeutschen ziehen.

GB: Was bringt die Menschen dann auf die Straße?

Von den in unserer Studie erfassten Teilnehmenden der Pegida-Demonstrationen fühlen sich überdurchschnittlich viele politisch unterrepräsentiert und fordern mehr Mitsprache und direkte Demokratie ein. Allerdings stehen diese Forderungen im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen und zum Teil rechtspopulistischen politischen Forderungen. Das heißt, der wahrgenommene Mangel an Teilhabe lässt sich nicht unabhängig von den politischen Positionen denken. Die AfD erscheint für diese Personen die passendste Alternative.

GB: Die AfD zog in mehrere Landtage ein. Pegida in Dresden mobilisierte Zehntausende. Warum erfahren AfD und Pegida gerade jetzt einen solchen Zulauf?

Einstellungen wie Fremdenfeindlichkeit und fundamentale Systemkritik sind zu gewissen Teilen in der Gesellschaft vertreten. Dennoch werden sie selten offen zur Schau gestellt. Diese Meinungen zu mobilisieren wird durch ein Bündel begünstigender Faktoren erleichtert: Dazu zählt u.a. ein internationaler Kontext, der es durch das Aufkommen des Islamischen Staates rhetorisch erleichtert, den Islam als solchen in ein schlechtes Licht zu rücken; nötig ist aber auch ein Organisator*innenteam, welches auf den ersten Blick nicht zu rechtsradikal erscheint, sondern für die Mitte der Gesellschaft zu reden beansprucht.

GB: Gibt es noch mehr Einflussfaktoren?

Persönliche Netzwerke, wenig direkter Kontakt zu Muslim*innen, wahrgenommene und tatsächliche soziale Ungleichheiten, sowie eine schwache Gegenmobilisierung begünstigen ebenfalls den Zulauf zu Pegida. Mehrere dieser Faktoren sind im Osten, konkret in Dresden, stärker ausgeprägt als im Westen.

GB: Sind Pegida und AfD zeitlich begrenzte Phänomene?

Pegida war zeitlich begrenzt wie andere Protestereignisse auch. Proteste lassen sich nur selten über einen sehr langen Zeitraum aufrechterhalten. Parteien hingegen sind organisierter und stabiler als soziale Bewegungen. Dabei hat die AfD durch Pegida selbst, aber auch durch die öffentlichen Diskussionen darüber, einen Auftrieb erhalten, der ohne Pegida so vermutlich nicht denkbar gewesen wäre. Das wirkt sich zunächst stabilisierend auf die AfD aus. Dabei würde ich die Wahl der AfD nicht nur als Protestwahl abtun. Auch wenn die Demonstrationen abnehmen, verschwinden damit nicht die politischen Positionen und Meinungen der Befürworter*innen.

Prof. Dr. Sabrina Zajak (*1980) lehrt nach Forschungsaufenthalten in China und den USA als Juniorprofessorin am Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum. Sie ist Mitverfasserin der Studie „Protestforschung am Limit" der Initiative für Protest und Bewegungsforschung Berlin und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

GRAFIK IM GRÜNEN BEREICH
SCHNELL · ENGAGIERT · AUF DEN PUNKT
GRAF.FONT.
GRAFIK FÜR WEB UND PRINT
0177-3389444 · gerhard@fontagnier.de · facebook.com/graffont

Baden-Württemberg
JETZT MIT 5 JAHREN MEHR ZUKUNFT
DIE ZUKUNFT KOMMT –
UND DEINE IDEEN SIND GEFRAGT!
GRÜNE ZUKUNFTSFOREN IN DEINER NÄHE:
21.03.15 | Sigmaringen – mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann
28.03.15 | Mosbach – mit Ministerin Theresia Bauer & Minister Franz Untersteller
18.04.15 | Stuttgart – mit Ministerin Silke Krebs & Minister Winfried Hermann
25.04.15 | Offenburg – mit Fraktionsvorsitzender Edith Sitzmann & Minister Alex Bonde
gruene-bw.de/zukunftsforen

IMPRESSUM

Herausgeber:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg
Königstraße 78 · 70173 Stuttgart
Telefon 0711-99 35 90
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

Redaktion:
Barbara Alexander, Kathleen Bärs, Florian Krebs, Lea Krug, Carola Oßmer, Carsten Preiss, Sonja Rajsp, Heike Wagner, Michael Wustmann

Mitarbeit:
Eva Muszar

Bildnachweis:
Seite 1: © flickr CC European Commission DG ECHO
Seite 3: © flickr CC Enno Lenze
Seite 4: © Grüne Landtagsfraktion BW
Seite 5: © Sonja Rajsp
Seite 6: © flickr CC European Commission DG ECHO
Seite 7: © flickr CC Alex Mäder
Portrait: thea struchtemeier/ Presse HGR

Layout:
gerhard@fontagnier.de

Druck:
auf Umweltpapier bei Dierichs Druck+Media GmbH & Co KG, Kassel
(Auflage 9.000 Exemplare)